



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/AVLI/74 - 2. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Gewichte richtig verteilen!</u> Zur Haushaltsberatung im Bundestag	45
2	<u>Ein guter Vorsatz</u> "Grundsatzprogramm" der CDU/CSU ?	42
3 - 5	<u>Der Ostblock und die Entwicklungsländer</u> Wieder eine bedeutsame Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt Von Dr. I. Geiss	125
6 - 7	<u>Spuren Kapfingers in Wien ?</u> Kein Schutz des inneren Friedens Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franke	67

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Gewichte richtig verteilen !

Zur Haushaltsberatung im Bundestag

sp - In der vergangenen Woche gab es viel Lob über die rund eine Milliarde DM Streichungen am Bundeshaushalt, die der Haushaltsausschuss vorgenommen hatte. Diese Leistung ist insofern beachtlich und auch lobenswert, wenn man bedenkt, dass die Bundesregierung ursprünglich die Absicht hatte, den Gesamthaushalt wie mit einem Hobel generell um 12,5 Prozent abzuwetzen. Nachdem nun der Haushaltsausschuss wenigstens diese Hobeltaktik der Regierung gestoppt hat, ergibt sich nun für das Parlament selbst die Aufgabe, die richtige Verteilung der Gewichte bei den beabsichtigten Streichungen vorzunehmen.

Man ist sich in allen Fraktionen darüber einig, dass gespart werden soll. Die Frage ist nur, bei welchen Haushaltspositionen Einsparungen notwendig und möglich sind.

Jeder weiss: Es gibt in der Bundesrepublik eine Reihe von Gemeinschaftsaufgaben, die in den vergangenen Jahren trotz einer ständig ansteigenden Wirtschaftskonjunktur zu kurz gekommen sind. Dazu gehören u.a. die

- * Hilfe für die Zonengrenzgebiete,
- * das Schul- und Bildungswesen - soweit es nicht in die Kompetenz der Länder fällt -,
- * der Strassenbau,
- * der soziale Wohnungsbau,
- * die Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge (Krankenhäuser!),
- * die feierlich angekündigte Berlinhilfe,
- * die Kriegsoferversorgung

und nicht zuletzt die 1961 versprochene

- * Verbesserung der Beamtenbesoldung,

für die bereits ein Vorschuss gezahlt wurde, von dem jedoch heute noch niemand weiss, auf welche Position des Haushalts er angerechnet werden soll.

Unter das Kapitel der Gemeinschaftsaufgaben fällt auch der ganze Komplex

- * "Schutz der Zivilbevölkerung im Ernstfalle"

und schliesslich die

- * Hilfe für die Opfer der Flutkatastrophe in Norddeutschland.

Mit der Erinnerung an alle diese Gemeinschaftsaufgaben wollen wir keineswegs den gerade in dieser Woche sich um die Balancierung des Bundeshaushaltes bemühenden Abgeordneten einen Schuss vor den Bug versetzen. Wir meinen nur, es genügt nicht, Streichungen zu loben und zu preisen, aber auf der anderen Seite so zu tun, als sei damit alles geregelt. - Der erste Versuch der Bundesregierung, sich mit Hilfe der generellen 12,5 Prozent-Kürzung des Haushaltsplanes das Mäntelchen des sparsamen Hausvaters umzuhängen, konnte dank der Aufmerksamkeit des Haushaltsausschusses abgewehrt werden. Nun beginnt die zweite Runde. In ihr muss das Parlament besonders wachsam sein, damit die Gewichte richtig verteilt werden und damit nicht am falschen Ende gespart wird.

Ein guter Vorsatz

"Grundsatzprogramm" der CDU/CSU ?

sp - die Programmspezialisten der CDU/CSU sind zur Zeit eifrig damit beschäftigt, den Entwurf eines Grundsatzprogramms für ihre Partei zu Papier zu bringen. Dieses löbliche Unternehmen entspricht den dringenden Bedürfnis zahlreicher CDU- und auch CSU-Mitglieder, die sich schon seit langen fragen, ob man nicht endlich das längst vergessene "Ahlener Programm" entweder aufmöbeln oder ganz verschwinden lassen solle.

Die Programmberatungen erhielten neuen Auftrieb durch das Unvermögen des Sozial- und Arbeitsministers Theodor Blank, eine Konzeption der Sozialpolitik der CDU/CSU vorzulegen. Die zweimalige Weigerung Blanks, entsprechende Parlamentsanfragen der SPD zu beantworten, hat nicht nur den Arbeitnehmerflügel der Kanzlerpartei in Harnisch gebracht. Die Reaktion einer einflussreichen Gruppe innerhalb der CDU/CSU auf Professor Erhard's Fernseh- und Rundfunkansprache hat das Drängen nach einer Klärung der sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der grössten Regierungspartei verstärkt.

Sind es in den Industriezentren der Bundesrepublik mehr die sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen, die den Gärungsprozess innerhalb der CDU/CSU fördern, so spielen in Nord- und Südwestdeutschland mehr die kultur- und geistespolitischen Probleme eine Rolle. Es ist kein Geheimnis, dass z.B. der Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann die Bundesleitung seiner Partei drängt, der deutschen Öffentlichkeit glaubwürdig nachzuweisen, wie wenig angeblich die vielerorts geäußerte Kritik an der von der CDU geförderten "Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens" zutrifft. Müller-Hermann erklärte hierzu, gerade im evangelischen Bereich sei der Grundsatz der Gewissensfreiheit besonders stark ausgeprägt. Diese Auffassung Müller-Hermanns wird auch von einem Teil der hessischen und der baden-württembergischen CDU geteilt.

Interessanterweise macht sich auch eine Strömung innerhalb der CDU/CSU bemerkbar, die der Meinung ist, dass die bisherige Berufung der Partei auf ganz allgemein umschriebene christliche Belange nicht mehr ausreiche. Von dieser Gruppe wird die Auffassung vertreten, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme sowie die ständigen Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur in der Bundesrepublik liessen es nicht mehr zu, auf eine objektive und auf Tatsachen beruhende Analyse des politischen Willens der CDU/CSU zu verzichten.

Diese Diskussionen und auch die in mehreren Landesverbänden vorbereiteten Entschliessungen zur Reorganisation der Gesamtpartei und ihrer Führungsspitze, sind durchaus zu begrüßen. Wenn ihnen ein Erfolg beschieden ist, dürfte die Möglichkeit bestehen, bisherige Verschwochenheiten der CDU/CSU-Politik im Sinne eines demokratischen Klärungsprozesses zu läutern.

Der Ostblock und die Entwicklungsländer

Wieder eine bedeutsame Tagung der
Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt

Von Dr. I. Geiss

Im gleichen Maße, in dem die sozialen und politischen Veränderungen in Asien, Afrika und Lateinamerika ein ständig schärferes Tempo anschlagen, ist es für den Westen zu einer Lebensfrage geworden, sich über die inneren Anknüpfungspunkte des Kommunismus in diesen Erdteilen Rechenschaft abzulegen. Je nüchterner und sachlicher die Analyse der Fakten ausfällt, umso besser; nur so ist es möglich, tragfähige Alternativen zu entwickeln.

In richtiger Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat die Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich seit Jahren wissenschaftlich und praktisch mit den Entwicklungsländern befasst, in der letzten Märzwoche eine internationale Konferenz über das Thema "Der Ostblock und die Entwicklungsländer" in ihre Heinvolkshochschule Bergneustadt berufen. Während einer Woche referierten und diskutierten zahlreiche Kenner der Materie aus dem In- und Ausland über die politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lage in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie über die Aktivitäten und Aussichten des Kommunismus in den drei Entwicklungskontinenten.

Keine "Kremlastrologie"

Bei dieser Themenstellung war es unvermeidlich, dass in Referaten und Diskussion die Problematik der Entwicklungsländer gelegentlich hinter der Analyse der Tatbestände und Zielsetzungen jenseits des Eisernen Vorhangs zurückzutreten schien. Besonders kam immer wieder die Rede auf die Differenzen zwischen dem Sowjetismus Chruschtschows und den chinesischen Kommunismus Maos. So notwendig eine solche differenzierende Betrachtungsweise ist, so verhinderte doch der nüchterne Realismus der meisten Teilnehmer, dass die Diskussion - unter der souveränen Leitung von Prof. Dr. Erik Boettcher, Stuttgart-Ronheim, - in kremlastrologische Spekulationen abglitt, die allenfalls zu gefährlichen Illusionen führen können.

Auflösung traditioneller Gesellschaftsformen

Stattdessen kreiste die Diskussion immer wieder um die zentrale Problematik und beleuchtete sie von den verschiedensten Seiten: Das Zeitalter der globalen Industrialisierung hat in den Entwicklungsländern einen Prozess der gesellschaftlichen Umstrukturierung in Gang gesetzt, der die traditionellen Gesellschaftsformen immer rascher auflöst und nach neuen Ordnungsprinzipien drängt. Nationalrevolutionäre und sozialrevolutionäre Strömungen verbinden sich derart, dass fast überall revolutionäre Situationen heranreifen, die z.T. bereits zu revolutionären Explosionen geführt haben.

In Asien und Afrika vollzog sich die erste Phase mit der Erringung der nationalen Souveränität der jungen Nationalstaaten im Kampf gegen den europäischen Kolonialismus, in Lateinamerika zeichnet sich in dem

wachsenden Unbehagen an der überkommenen Sozialstruktur die zweite Phase ab, die sozialrevolutionäre. China, Guinea und Kuba als Prototypen der bisherigen Entwicklung und künftiger Möglichkeiten, die sich den jungen Nationen als Modelle anbieten, standen daher in Bergneustadt im Mittelpunkt des Interesses, namentlich ihre Attraktion auf die revolutionärgestimmte intellektuelle Elite in den Entwicklungsländern, soweit sie jetzt oder morgen die politische Entscheidung in Händen hält.

Allerdings komplizierte sich die Diskussion, sobald die Frage auftauchte, ob das Ältere Modell - die Sowjetunion - einen Teil ihrer Anziehungskraft bereits eingebüsst habe, da die Russen nun einmal als Weisheit gelten und zudem noch wegen ihrer europäischen Politik mancherlei Rücksichten nahmen, z.B. auf Frankreich in der Algerienfrage, während das ausserhalb der UNO stehende China hier wie an anderen Stellen der Welt viel rücksichtsloser vorgehen kann. Die vielberufenen Divergenzen zwischen Moskau und Peking resultieren daher letzten Endes, wie Wolfgang Leonhardt in der Diskussion ausführte, aus dem unterschiedlichen Niveau der Industrialisierung und Modernisierung in der Sowjetunion und China.

Moskau taktiert anders als Peking

Aus Referaten und Diskussionen zeichnete sich der grundlegende Unterschied zwischen sowjetischer und chinesischer Politik in den Entwicklungsländern ab. Während die Sowjetunion auf lange Frist damit rechnet, durch Industrialisierung und Urbanisierung ein klassenbewusstes Proletariat schaffen zu können, durch Einladung asiatischer und afrikanischer Studenten in die Sowjetunion und in die osteuropäischen Länder eine revolutionäre Intelligenz heranziehen zu können, lehnen die Chinesen offenbar den langsameren Schritt der sowjetischen Revolutionstrategie ab. Sie drängen und ermuntern zur möglichst raschen revolutionären Aktion, schon um ihre Position im Ostblock gegenüber Moskau zu verbessern sowie ihre Isolierung in der übrigen Welt zu durchbrechen. Daher ist es kein Wunder, dass die Chinesen z.B. in Algerien die härtere Gruppe innerhalb der FLN stets unterstützten und die algerische Exilregierung schon lange vor den Sowjets anerkannten. Andererseits wurden die kommunistischen Aktivitäten in die richtigen Proportionen gerückt, wenn man z.B. erfuhr, dass in München allein mehr Studenten aus den Entwicklungsländern studieren als in der gesamten Sowjetunion.

Die Vorstellungen des Westens

Die Konferenz in Bergneustadt machte deutlich, wie der Westen seine Politik gegenüber den Entwicklungsländern versteht. In seiner globalen sozialrevolutionären Situation bemüht er sich, seine eigenen Erfahrungen aus dem 19. Jahrhundert zu aktivieren, um die soziale Revolution so aufzufangen und zu kanalisieren, dass grössere Katastrophen mit Rückwirkungen auf die Zusammenarbeit der jungen Staaten mit dem Westen vermieden werden. So gesehen, bemüht sich die westliche Entwicklungspolitik, im Weltmaßstab zu wiederholen, was die mehr oder weniger gezielte Sozialpolitik in Europa des 19. Jahrhunderts leistete: Abbau der

sozialrevolutionären Konfliktstoffe durch das Wachsen einer stabilen Mittelschicht und Verhütung der Proletarisierung im Zuge der unvermeidlich gewordenen Industrialisierung und Urbanisierung. Zwischen den traditionellen Herrschaftskräften und den politisch bewusstwerdenden Arbeiter- und Bauernmassen stehend, erhält die neue Mittelschicht die Funktion des konstruktiven Ausgleichs zwischen Alt und Neu, zwischen traditioneller Herrschaft von oben und demokratischem Drängen von unten, um die Arbeiter und Bauern in die neue Gesellschaft zu integrieren und der radikalen Revolution den Boden zu entziehen.

Aber: Zwei Konzeptionen

Im Rahmen der gemeinsamen Grundkonzeption kristallisierten sich in Bergneustadt zwei Richtungen heraus. Die eine steht dem Wert weitreichender Reformen skeptisch gegenüber, weil sie die Rückwirkungen auf die eigene Stellung im Westen fürchtet. Obwohl sie theoretisch für Reformen eintritt und sich über die Korruption und Blindheit der alten Herrschaftsschichten in den Entwicklungsländern lebhaft beklagt, sodass alle Wirtschaftshilfen fast illusorisch werden, läuft ihre Haltung praktisch auf die Unterstützung der traditionellen Herren hinaus. Die andere Richtung erblickt im energischen, weitreichenden und raschen Umbau der in Gärung geratenen Gesellschaften zu modernen Demokratien die einzige Möglichkeit, gewaltigen Erschütterungen vorzubeugen. Sie ist allerdings realistisch genug zu erkennen, dass die Frist für einen grundsätzlichen Wandel nur knapp bemessen ist.

Was sich in Bergneustadt bemerkbar machte, ist im Grunde genommen der Unterschied zwischen Konservativen und der demokratischen Linken; zwischen denen, die glauben, durch eine Kombination von Macht, Propaganda und Religion das Fehlen einer eigenen politischen Konzeption ersetzen zu können und denen, die in den alten Kräften in Asien, Afrika und Lateinamerika die schlechtesten Verbündeten des freiheitlichen Westens und die besten Verbündeten des Kommunismus erblicken.

* * *

Die Ergebnisse der Konferenz, deren Referate demnächst im Druck erscheinen werden, sollten allen Anlass geben, die säkulareren Probleme der Entwicklungsländer fern aller ideologischer Verkrampfung nüchtern und sachlich zu durchdenken, gerade auch weil sich nach der jahrelangen Hochkonjunktur in Sachen Entwicklungsländer bei uns heute eine ressentimentgeladene Gegenströmung bemerkbar macht. Es wäre zu wünschen, dass die vorurteilsfreie Analyse das Verhältnis zu den jungen Nationalstaaten zum Nutzen aller Betroffenen auf eine neue, gesunde Basis stellt.

+ + +

Kein Schutz des inneren Friedens

Von unserem Korrespondenten in Wien

Karl Franta

Wer es heute in Österreich unternimmt, die Demokratie zu schmähen, die Symbole der Republik zu verunglimpfen, den Hass zwischen Rassen, Religionen oder Völkern zu schüren und solcherart vor allem die Jugend zu vergiften, bleibt ungeschoren, ja, er gilt unter Umständen in reaktionären Kreisen als ein honetter Mann. Im Zusammenhang mit dem Südtirolkonflikt haben sich neuerdings die nationalistischen Tendenzen wesentlich verstärkt. Die Unvernunft und Unversöhnlichkeit der bisherigen italienischen Regierung, die Gewalttätigkeiten der italienischen Verwaltung, die den Südtirolern die Minderheitsrechte verweigern und die Autonomie unmöglich machen, haben auch in Österreich einen Chauvinismus zur Folge. Südtirol ist gleichzeitig eine Brutstätte des italienischen Neofaschismus. Die Internationale der faschistischen Terroristen geht von Land zu Land. Auch die französischen Verschwörer der OAS arbeiten mit österreichischen Neonazi zusammen.

Nun soll nach Auffassung der SPÖ heutzutage niemand verfolgt werden, weil er einmal ein Anhänger des Faschismus oder Nationalsozialismus war, wenn er keine strafbaren Verbrechen begangen hat. Wer aber heute noch für eine faschistische oder nationalsozialistische Diktatur eintritt, wer heute terroristische Verbrechen begeht, wie sie in den vergangenen Monaten in Österreich wiederholt vorgekommen sind, den soll eine gesetzlich angedrohte Strafe treffen. Eine derartige Bestimmung findet sich beispielsweise in der Bundesrepublik als § 96 des Strafgesetzes. Da jedoch in Österreich die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, verlangte die SPÖ ein Gesetz zum Schutz der demokratischen Republik und des inneren Friedens.

Ein entsprechender Gesetzentwurf des sozialistischen Justizministers Dr. Christian Broda wurde jedoch von der ÖVP und auch von der "Freiheitlichen Partei" FPÖ mit einer Flut von Ausreden abgelehnt. Der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Hermann Withalm, erklärte dazu, die Sache habe keine Eile, denn es gäbe ja gar keine faschistische Gefahr und man müsse sich das alles noch gründlich überlegen. Wer so spricht, hat entweder aus der Vergangenheit nicht gelernt oder will aus ihrer Erfahrung keine Konsequenzen ziehen. Es wäre wohl besser, mit dem gesetzlichen Schutz der Demokratie nicht so lange zu warten, bis es wieder zu

spät ist.

Der Gesetzentwurf der Sozialisten, der unter anderem den Schutz der Symbole Österreichs (Farben, Flagge, Wappen, Hymne usw.) vor Verunglimpfungen vorsieht, wurde in der an einstimmige Beschlüsse gebundenen Regierung durch den Einspruch der ÖVP abgelehnt. In der gleichen Ministerratssitzung wurde jedoch im Hinblick auf die in Innsbruck 1964 stattfindende Winterolympiade ein gesetzlicher Schutz der olympischen Symbole beschlossen.

Damit nicht genug an Würdelosigkeit, wurde nun dieser Tage einer der Initiatoren des sozialistischen Gesetzentwurfes, der erwähnte Justizminister Dr. Broda, vom ÖVP-Generalsekretär Dr. Withalm im gleichen Zusammenhang in recht gehässiger Form angegriffen. In einer Konferenz von Landesparteisekretären der ÖVP in Salzburg sagte Withalm, der Justizminister sei am wenigsten geeignet, sich als Anwalt der Demokratie aufzuspielen, denn er hätte sich 1945 in einem Zeitungsartikel zur Kommunistischen Partei bekannt.

Dazu erklärte Justizminister Dr. Broda: "Diese 'Enthüllung' ist offensichtlich die Nachgeburt einer in Österreich gezeugten Diffamierungskampagne jenes Passauer 'Sittenrichters' Kapfinger (der sich eben in Wien in einem Sanatorium verbirgt) gegen mich und andere sozialistische Mandatäre. Sind die Erklärungen Dr. Withalms als Ankündigung der ÖVP aufzufassen, daß sie ihre Wahlkampagne 1962 als Gespensterkampf auf einer Geisterbahn der Vergangenheit führen will? Meine unversöhnliche Ablehnung der volksdemokratischen Terrorsysteme und mein ideologischer Kampf gegen den Bolschewismus und seine Theorie sind jedem bekannt, der meine zahlreichen seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten hierzu erschienenen Publikationen gelesen hat."

Die österreichischen Sozialisten sind der Ansicht, der Schutz der Republik und des inneren Friedens wäre nicht Sache einer Partei, sondern Angelegenheit aller Österreicher, die aus der Vergangenheit gelernt haben, wo immer sie einmal gestanden sind. Allen, denen die Demokratie und die Republik am Herzen liegen, sollten deshalb der Jugend durch ihr Eintreten für Österreich ein Beispiel geben.

+ + +